Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 12

Artikel: Reaktorenbau und Umweltschutz : eine Wendung?
Autor: Dougall, Ian
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141962

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

in einer Zelle für illegale Einwanderer aus Mozambique. Mein schwarzer Gefährte (ein früherer Insasse des Lagers) war die Nacht über in einer anderen Zelle. Man gab uns ein gutes Nachtessen, nur mußten wir es in der Dunkelheit verzehren. Es gibt kein Licht in den Zellen.

Man hatte mich wissen lissen, daß Sir Alec's britische Delegation den Rhodesiern geraten hatte, in der ganzen Besuchs-Angelegenheit die Form zu wahren, damit die liberale Weltmeinung sich nicht zu sehr entrüstet. Das taten sie denn auch mir gegenüber. Am Morgen bezahlte ich eine Buße und wurde entlassen — allerdings ohne meinen Film, drei Notizbücher und Tonband — alles wurde konfisziert.»

Die Guerillas schauen auf China

Martin Meredith, Lusaka, 27. November 1971:

Zähe, sehr gut ausgebildete Guerillas bilden heute die Führung der verbannten nationalistischen Befreiungsbewegung, die sich auf einen langen Krieg gegen die rhodesischen Behörden einrichten.

Die Guerillas, Mitglieder der neu gegründeten Front for the Liberation of Zimbabwe (FROLIZI) glauben, angesichts der britischen Vorschläge für ein Abkommen, daß alle friedlichen Mittel, um in Rhodesien ein demokratisches Regime zu schaffen, erschöpft seien. «Frozili» erwartet vermehrt Unterstützung von Rußland und China.

«Die sozialistischen Länder waren immer zuverlässigere Helfer», sagt Shelton Siwela, ein 29jähriger Guerillaführer, ein Absolvent der Universität von Boston, der sich später auch in Nordkorea militärisch ausbilden ließ.

Siwela gibt zu, daß der Prozeß langwierig sein, vielleicht Monate oder Jahre dauern werde, bevor es zu einer Offensive komme. Er sieht aber keine Alternative.

Die Tätigkeit der «Frolizi» ist mit großem Risiko für Sambia verbunden, weil Sambia noch immer die Zusammenarbeit mit Rhodesien nötig hat. Mehr als 80 Prozent der Importe Sambias kommen noch durch Rhodesien und das wird so bleiben, bis in rund drei Jahren die 1200 Meilen lange Bahn von Dar-es-Salaam nach Zentralsambia fertig gestellt ist. Gebaut und finanziert wird sie von China.

«Observer», 28. Nov. 1971

Reaktorenbau und Umweltschutz

Eine Wendung?

Wir berichteten in der November-Nummer der «Neuen Wege» (S. 335), daß der frühere Präsident der AEC (Atomic Energy Commission), Glenn T, Seaborg, die

künftige Energie-Wirtschaft der USA vorwiegend auf den Bau von Uran-Reaktoren abstellte. Unter seiner Aegide wurde die Nuklearindustrie in jeder Weise gefördert und gegen Angriffe, besonders der Umweltschützer (environmentalists) und Ökologen abgeschirmt. Der nachstehende Artikel zeigt, daß in dieser Einstellung der AEC eine Wendung eingetreten ist, die notwendigerweise auch die europäischen Pläne beeinflussen wird.

Wie die Oktober-Nummer der amerikanischen Zeitschrift «Science» berichtet, machte der neue Präsident der AEC, James R. Schlesinger, einer gesamtamerikanischen Konferenz der Nuklearindustrie (Bal Harbour, Florida, Aug. 71) vollkommen klar, daß die AEC, in Wahrung des öffentlichen Interesses, sich nicht mehr als Förderer (Promoter), sondern nur als Beurteiler (referee) von Projekten der Nuklearindustrie betätigen werde. Nachstehender Artikel deutet an, wie die AEC ihre künftige Rolle sieht. Red.

Im Januar 1970 trat in USA ein neues Gesetz in Kraft, das die Beachtung der Umweltbedingungen beim Bau von Atomreaktoren zur Pflicht machte. Daraufhin erwirkte eine Gruppe von Vereinigungen für Umweltschutz ein gerichtliches Verfahren gegen die AEC (Atomic Energy Commission) wegen ungenügender Beachtung des erwähnten Gesetzes. Die Sache ging bis an das Appellationsgericht, das am 23. Juli 1971 sein Urteil abgab.

Das Gericht warf der AEC vor, bei Erteilung von Genehmigungen für Reaktorbauten die Beachtung der Umweltbedingungen nicht zur selbstverständlichen Voraussetzung gemacht zu haben, in öffentlichen Verhandlungen Umweltschutzerwägungen nicht zugelassen zu haben (und das vierzehn Monate nach Erlaß des Gesetzes), sich um die Behandlung gewisser Umweltschutz-Faktoren gedrückt zu haben, durch Übertragung der Verantwortlichkeit an andere Stellen, und sogar Elektrizitätsgesellschaften erlaubt zu haben, einen Bau weiterzuführen, bevor die Pläne den gesetzlichen Vorschriften entsprechend geprüft worden seien. Das Gericht charakterisierte die Anwendung des Gesetzes durch die AEC wie folgt: **«Ihre Interpretation macht das Gesetz zum Spott. ... Das Gesetz bezweckt mehr als einen regulären Lauf von Dokumenten durch die staatlichen Bureaus zu sichern.»**

Und das Gericht auferlegte der AEC, neue Vorschriften herauszugeben: «Damit die vorgängige Prüfung so wirksam wie möglich sei, sollte die AEC sehr ernsthaft überlegen, **ob der Reaktorbau nicht für eine Weile stillgelegt werden sollte bis zu einer allgemeinen Prüfung der technischen Neuerungen.** Denn kein Bemühen, die Umweltschädigung auf ein Minimum zu beschränken, darf ohne weiteres beiseite geschoben werden. Es ist viel mehr im Sinne des Gesetzes, den Bau zu einem Zeitpunkt aufzuhalten, an dem Umweltschäden erst als Möglichkeit erscheinen, als erst zu einer Zeit, da korrigierendes Eingreifen so teuer käme, daß es unmöglich würde.»

Die AEC verließ das Gericht also mit schweren Auflagen. Nicht nur, daß sie neue Vorschriften herauszugeben hatte, die die Kosten der Reaktorbauten erheblich erhöhten, sondern sie wurde auch angewiesen,

diese Vorschriften zurückzudatieren, so daß sie auch alle Bauten in Konstruktion erfaßten. Diese Projekte waren unter den alten Vorschriften genehmigt worden. Die Gesellschaft hatte Lizenzen erteilt, und jetzt wurde ihr eröffnet, daß diese Lizenzen ungültig seien, und daß neue Lizenzen nicht erteilt würden, bis einengende — und kostspielige — Sicherheitsbestimmungen in die Pläne eingeschlossen worden seien.

Auch jetzt noch hätte die AEC die Entscheidung des Gerichts anfechten können, in der Hoffnung, daß die Regierung nicht zulassen würde, daß wichtigste Industrieprogramme um Jahre zurückgeworfen würden. Daß es nicht geschah, wird auf das Dazwischentreten des neuen Leiters der AEC, James Schlesinger, zurückgeführt, der sofort den Erlaß neuer Vorschriften ankündigte. Sie bedeuten die Schließung von fünf Reaktoren, die schon betrieben werden, und drohen die Annullierung der Projekte von sechsundvierzig weiteren an, die noch nicht begonnen wurden.

In Zukunft werden Umweltfaktoren in zwei Stadien des Genehmigungsverfahrens zur Anwendung kommen: 1. wenn eine Gesellschaft einen Antrag stellt, und 2. wenn sie die Erlaubnis zum Baubeginn beantragt. Die AEC wird dafür verantwortlich gemacht, daß Umweltschutzerwägungen in jedem Stadium der Genehmigungsprozedur berücksichtigt werden und daß dem Publikum genügend Zeit gelassen wird, jeden Bericht und jede Entscheidung zu kritisieren oder zu beanstanden.

Das Geschehene kann nicht als unbedeutend abgetan werden, aber es ist nicht das, was allein helfen kann: das völlige Verbot des Baues von Uranreaktoren. Denn man kann voraussehen, was geschehen wird: der Umweltschutz wird hineingezogen in die Gewinn- und Verlustrechnung, statt ihr übergeordnet zu werden, und es ist wahrscheinlich, daß gewisse Auflagen, die n u r der Reinerhaltung von Luft und Wasser und also n u r dem Menschen dienen, von der Nuklearindustrie als unzumutbar zurückgewiesen werden.

Gewiß haben die Vereinigungen, die diesen ersten Erfolg erzwungen haben, das vorhergesehen, und sie betrachten ihn nur als die erste Runde in einem langen Kampf um die Verbreitung der Einsicht, daß der Bau von Uranreaktoren für alle Zeiten ausgeschlossen bleiben muß.

Ian Dougall in «Peace News», 24. Sept. 1971

Wir wollen den Schmutz gemeinsam bekämpfen

(Aus: «Democratic German Report», 3. Nov. 1971)

Einer an die UNO gerichteten offiziellen Erklärung der DDR entnehmen wir was folgt:

«Die Regierung der DDR (Deutsche Demokratische Republik) ist